

Ermordung des Thronfolgers und dem Beginn des Ersten Weltkrieges konnte er dank seines Pragmatismus die Idee der Reichsreform durch das Programm der Tschecho-Slowakischen Zusammenarbeit ersetzen. Auch bei der Verwirklichung dieser Politik blieb er aber seinen Machtüberlegungen treu.

S. Mikula sieht in Milan Hodža einen pragmatischen, realistischen Politiker, der nach dem Jahre 1908 wegen seines Machtstrebens mit der Versuchung, in der Macht einen Selbstzweck zu sehen, kämpfen mußte. Er neigte dazu, die philosophische Betrachtung politischer Probleme zu unterschätzen und eben deswegen entgegen ihm, daß eine übertrieben große Flexibilität bei der Wahl taktisch richtiger Mittel die Ziele des politischen Strebens kompromittieren kann. Hodžas Tätigkeit blieb aber immer mit der slowakischen nationalen Bewegung verbunden.

Als Quellenmaterial benutzte S. Mikula nicht nur publizierte Literatur, sondern auch Hodžas private Korrespondenz und andere Dokumente, die sie in der Preßburger Universitätsbibliothek, dem slowakischen Staatsarchiv, im Archiv der Matica Slovenská und bei einigen Privatpersonen fand. Ihre Studie vermittelt nicht nur neue faktographische, sondern auch analytische Einsichten, die das bekannte Bild Hodžas ergänzen, abrunden und im großen und ganzen bestätigen.

Das Hauptproblem der Arbeit Mikulas scheint in der zeitlichen Abgrenzung ihres Themas zu stecken. Es ist zwar eine Tatsache, daß der Erste Weltkrieg einen wichtigen Einschnitt in Hodžas Leben darstellt — schon allein wegen des Umstands, daß er die politische Macht im eigentlichen Sinne des Wortes erst in der Tschechoslowakischen Republik erlangen konnte —, tatsächlich abgeschlossen aber war zu dieser Zeit nur das Kapitel von Hodžas sogenannter „Belvedere-Politik“. So knüpfte beispielsweise seine Tätigkeit in der tschechoslowakischen und auch der internationalen Agrarbewegung ganz natürlich an seine politischen Bemühungen vor dem Jahre 1908 an. Ebenso existiert ein wichtiger Zusammenhang zwischen Hodžas Zusammenarbeit mit rumänischen und serbischen Politikern im Budapester Parlament auf der einen und seinem späteren Interesse für die mitteleuropäische Föderation auf der anderen Seite. Es stellt sich die Frage, ob S. Mikula in ihren sicherlich richtigen Generalisationen auch Hodžas spätere Tätigkeit nicht ganz unwillkürlich berücksichtigt.

München

Branislav Štefánek

*Helmut Konrad, Widerstand an Donau und Moldau. KPÖ und KSČ zur Zeit des Hitler-Stalin-Paktes.*

Wien-München-Zürich 1978, 352 S., DM 38,—.

Unter dem monumentalen Titel verbirgt sich eine detaillierte Untersuchung des kommunistischen Widerstandes im Raume der damaligen Ostmark und des Protektorats Böhmen und Mähren in der Zeit vom August 1939 bis zum Juni 1941. Am 23. August 1939 wurde der Nichtangriffspakt zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion mit einem geheimen Zusatzprotokoll, in dem die beiderseitigen Interessenssphären vor allem in Ost- und Südosteuropa abgegrenzt wurden, abge-

schlossen. Das Zustandekommen dieses Vertrages, des einschneidendsten politischen Ereignisses kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, überraschte nicht nur die Weltöffentlichkeit, sondern auch alle kommunistischen Parteien Europas. Am gravierendsten war die Verwirrung bei jenen kommunistischen Organisationen, die sich schon damals in der Illegalität befanden und damit vor der schwer lösbaren Aufgabe standen, ihrer Basis das Handeln der Sowjetunion begrifflich zu machen. Diese Aufgabe wurde von den Parteileitungen mit unterschiedlichem Erfolg bewältigt und war vor allem vom Informationsniveau und -fluß innerhalb der Gesamtorganisation abhängig. Konrad vertritt die Auffassung, daß die vielfach in der Literatur aufscheinende Meinung, daß nach Abschluß des Nichtangriffspaktes die Widerstandsarbeit der Kommunisten sowohl im Protektorat als auch in der Ostmark mit einem Schlag aussetzte, korrigiert werden müsse. Andererseits muß er aber feststellen, daß die Verunsicherung sowohl der Parteileitungen als auch ihrer Anhänger zumindest so groß war, daß man von einer defensiven Phase in der Widerstandsarbeit sprechen muß. Das einzige nie offen ausgesprochene Ziel beider Parteien in diesem Zeitraum war, ihre Organisationsstruktur und -dichte zu erhalten.

Von großer Tragweite für die kommunistischen Parteien war die Stellungnahme der Kommunistischen Internationale zu dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Hatte die Komintern noch in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre die sogenannte Sozialfaschismusthese vertreten — in der die Sozialdemokratie mit dem Faschismus gleichgesetzt wurde —, so war erst auf dem 7. Weltkongreß der Komintern im Jahre 1935 die Wende zur ersten Volksfrontpolitik — Bündnis der Arbeiterparteien — oder sogar zur Einheitsfront aller antifaschistischen Kräfte vollzogen worden. Durch den Pakt mußte diese Politik wieder revidiert werden, und Deutschland wurde mit den anderen imperialistischen Mächten gleichgesetzt. Die erste Phase des Zweiten Weltkrieges war somit kein Abwehrkampf gegen den Faschismus, sondern eine rein imperialistische Auseinandersetzung um die Welt-herrschaft. Praktisch bedeutete dies die Rückkehr zu den Argumenten des Sozialfaschismus, was das Verschwinden der Bezeichnung Faschismus als Synonym für deutsche oder italienische Politik aus der offiziellen Diktion der Kommunisten zur Folge hatte. Die KSC und die KPÖ haben zwar die Formulierung vom „imperialistischen Krieg“ übernommen, kämpften aber unvermindert gegen den Faschismus weiter, den es ja offiziell nicht mehr gab. Die Politik der Sowjetunion gegenüber dem Deutschen Reich verlief nach Abschluß des Paktes auf zwei Ebenen. Einerseits war man bemüht, das Abkommen einzuhalten, andererseits hatte man jedoch größtes Interesse daran, den kommunistischen Widerstand in jenen Ländern, die unter nationalsozialistischer Herrschaft standen, nicht versiegen zu lassen.

Die Auslandsleitungen der KPÖ und KSC, die sich in einer völlig anderen Situation befanden als der kommunistische Widerstandskämpfer im Protektorat oder in der Ostmark, reagierten auf den Paktabschluß wesentlich nüchterner und sachlicher. Dennoch kam dieses Ereignis für die Funktionäre, die sich in Moskau aufhielten, überraschend. Klement Gottwald dürfte erst zwei Tage vor dem Paktabschluß davon Kenntnis erhalten haben. Verwirrt waren allerdings die Vertreter der KPD, die wie ihre Spitzenfunktionäre Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht Schwierigkeiten mit der Einschätzung des Paktes hatten.

Durch die Auswertung von Archivmaterial aus Wien, Prag, aber auch des Bestandes des „Berlin Document Center“ vermag uns der Autor einen sehr detaillierten Einblick in die Widerstandsarbeit beider kommunistischer Parteien zu geben. Er informiert über die Organisationsstruktur der illegalen Parteien, über die Produktion und die Kolportierung des Propagandamaterials und über die Errichtung von Betriebszellen. Hier war vor allem die KSČ sehr erfolgreich; es gelang, in den wichtigsten Betrieben in Prag, Pilsen und Ostrau zahlreiche Betriebszellen zu errichten. Die beiden Parteien werden einander gegenübergestellt und ihre wichtigsten Unterscheidungsmerkmale herausgearbeitet. Die KSČ, die im Gegensatz zur KPÖ in der Zwischenkriegszeit einen starken Rückhalt in der Bevölkerung hatte, konnte diesen in ihrer Widerstandsarbeit nützen. Die Anerkennung des Protektorats durch die Sowjetunion traf die KSČ ungleich härter, als etwa die KPÖ die Anerkennung des Anschlusses. Trotz des Nichtangriffspaktes wurden beide illegale Parteien von Verhaftungswellen schwer getroffen. Fast alle Funktionäre, die man im Laufe dieser Zeit festgenommen hatte, wurden erst in den Jahren 1942/43 oder gar erst 1944 verurteilt. Die Urteile fielen im Protektorat wesentlich härter aus als in der Ostmark. In der nationalen Frage strebte die KPÖ im Inland zwischen 1938 und 1945 ein freies, unabhängiges Österreich an. Für das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei war es nur bis zur Jahreswende 1939/40 klar, daß das Kampfziel die Wiedererrichtung der Tschechoslowakei innerhalb der Grenzen, die vor dem Abkommen von München bestanden hatten, war. Klement Gottwald, der mit seinen Prager Genossen in steter Funkverbindung stand, hatte Anfang 1940 die Errichtung eines selbständigen slowakischen Staates nach Beendigung des Krieges nicht ausgeschlossen.

Trotz der großen Materialdichte ist dieses Buch — dank der vortrefflich gelungenen Gliederung — übersichtlich und leicht lesbar. Zwei Aspekte des österreichischen kommunistischen Widerstandes hat der Autor leider vernachlässigt. So wird über die Arbeit der Kärntner und der steirischen Kommunisten nur festgestellt, daß diese in Maribor (Marburg) einen organisatorischen Stützpunkt hatten, der gänzlich unabhängig von den lokalen kommunistischen Gruppen geführt wurde. Mit keinem Wort wird die Arbeit der slowenischen Kommunisten in Kärnten erwähnt, die schon im Februar 1934 bereit gewesen wären, gegen den Austro-Faschismus zu kämpfen. Bald nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges tauchten die ersten slowenischen Widerstandskämpfer in Kärnten auf. Außerdem gab es in Wien eine etwa 200 Personen umfassende tschechische kommunistische Widerstandsgruppe, die bereits im Herbst 1940 mit der Planung und Durchführung von aufsehenerregenden Sabotageakten begann.